67. Jahrgang. № 442

Dienstag, 3. Oktober 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker: Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1836. ★ 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich ℳ 210,—. Einzelnummer ℳ 5,—. Sonntagsausgabe ℳ 10,—. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 32 mm breite Zeile ℳ 20,—, außerh. Sachsens ℳ 25,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu Gebrüder **Roettig**, Dresden-A. Prager Straße 23

Vivianis Antwort zur Kriegsschuldfrage an Dr. Wirth.

Angriffe auf den Kanzler — Frankreich und Rußland schuldlos — Ausfälle gegen den Kaiser.

Angebliche Beweise französischer Friedfertigkeit aus den v. Schön'schen Berichten.

Paris, 2. Okt. Abgeordneter Viviani, der zu Kriegsausbruch Ministerpräsident war, veröffentlicht durch Havas eine Erklärung gegen die Aeußerungen, die Reichskanzler Dr. Wirth vor Pressevertretern über die von dem ehemaligen Gesandten v. Romberg veröffentlichten Dokumente über die Kriegsursachen gemacht hat. Nach einer Einleitung, in der Viviani von sorgfältig vorbereiteten Dokumenten und auch von der Kunst des Zurechtmachens, um nicht mehr zu sagen, spricht, erinnert Viviani den Reichskanzler daran, **man müsse**

mit etwas mehr Bescheidenheit

von diplomatischen Archiven sprechen, wenn man Chef eines Landes sei, das vier Jahre hindurch die Dokumente beschlagnahmt habe, die es abgesandt oder empfangen hätte. Das deutsche Weißbuch von 1914 habe nur einige Dutzend Dokumente enthalten, während das Weißbuch, das von der öffentlichen Meinung Deutschlands im Jahre 1919 erzwungen wurde, annähernd 800 Dokumente enthalte. Was jetzt entscheide, seien vor allem die Handlungen der Regierungen, die in den Krieg verwickelt worden seien, soweit sie durch bekanntgewordene Instruktionen und in bekannten Demarchen zum Ausdruck kämen und weiter die glückliche oder unglückliche Rückwirkung dieser Demarchen. Dr. Wirth behaupte, daß am 29. Juli Iswolski der russischen Regierung mitgeteilt habe, daß Frankreich ihm unbegrenzten Beistand versprochen hätte. Er, Viviani, sei am 26. Juli um 1 Uhr in Paris eingetroffen, hätte den Dienst wieder übernommen und die beiden Botschafter der Mittelmächte empfangen. In der Nacht von 29. zum 30. Juli um 2 Uhr sei Iswolski in das Ministerium gekommen, um de Margerie die Depesche mitzuteilen, in der Sasonow angesichts des deutschen Ultimatums ihn, Viviani, befragt habe, was Frankreich zu tun gedenke.

Bevor der Reichskanzler spreche, wie er gesprochen habe, hätte er aus dem Gelbbuch

die Depesche 101

erwähnen können, in der er, Viviani, nach Petersburg und London gedrahtet habe: **Frankreich ist entschlossen, alle Allianzverpflichtungen zu erfüllen. Es würde im übrigen nichts vernachlässigt, um eine Lösung des Konflikts im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.** Die zwischen den weniger direkt interessierten Mächten eingeleiteten Verhandlungen gestatteten noch die Hoffnung, daß der Frieden aufrechterhalten werden könne. Hier habe man

die ganze französische Politik:

Die Allianzen vor einer Lockerung zu bewahren, die Frankreich isoliert hätte und im Interesse des allgemeinen Friedens eine vermittelnde Aktion Englands und Italiens zu unterstützen. Paléologue habe am anderen Tage (Gelbbuch Nr. 102) geantwortet: Sasonow, dem ich Ihren Wunsch, alle militärischen Maßnahmen zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zu einer allgemeinen Mobilisierung geben könnten, unterbreitet habe, hat mir geantwortet, **daß gerade im Laufe der letzten Nacht der Generalstab gebeten worden sei, militärische Maßnahmen aufzuschieben, um jedes Mißverständnis zu vermeiden.**

So also habe die Haltung Frankreichs am 29. Juli sich mit der Rußlands zu einer entgegenkommenden Politik, die durch Verhandlungen zum Ausdruck komme, geeinigt.

Viviani fährt dann fort: Im Augenblick des Ultimatums, das dem Krieg mit Rußland vorangegangen sei, habe Deutschland, und das vergesse Dr. Wirth, bevor es auch nur die russische Mobilisierung kannte, den

Zustand der drohenden Kriegsgefahr

erklärt, der für alle ernsten Leute der Mobilisierung gleichkomme. In diesem Augenblicke habe Herr v. Schoen den Auftrag gehabt, die Neutralität Frankreichs zu verlangen. Er habe nicht gewagt, so weit zu gehen und habe sich damit begnügt, ihn, Viviani, zu fragen, was Frankreich tun würde. Er habe ihm geantwortet, Frankreich werde seine Interessen prüfen, aber Frankreich schulde nur seinen Verbündeten Rechenschaft. **Frankreich sei so pazifistischen Geistes gewesen, daß es am 31. Juli mittags seine Truppen um 10 Kilometer zurückgezogen habe, was, wie man zugestehen werde, mit einer kriegerischen Politik unvereinbar gewesen sei. Es habe zuletzt von allen am 1. August in Europa mobilisiert, einen Tag nach Deutschland. Was man auch sage, der Zustand der drohenden Kriegsgefahr sei doch die Mobilisierung, und der deutsche Generalstab habe erklärt, daß**

die Mobilisierung der Krieg

sei. Warum diese Verzögerung, fragt Viviani, weil am 31. Juli ein neuer Verhandlungsvorschlag von Sir Edward Grey gemacht worden sei und Oesterreich endlich begonnen habe, mit Rußland zu verhandeln, was alle Hoffnungen wieder belebt habe.

Vielleicht werde Reichskanzler Dr. Wirth den Worten seines eigenen Botschafters einige Autorität zusprechen. **Er, Viviani, wisse nicht, was man Iswolski in den Mund gelegt habe. Was er wisse, sei das,**

was Herr v. Schoen gesagt habe.

Viviani greift folgende Stellen heraus: **29. Juli 1914, Deutsche Dokumente Band II Nr. 345:**

„Der französische Minister wäre uns dankbar, wenn wir ihn auf dem laufenden hielten über unsere Bemühungen, und gegebenenfalls uns an darauf hinzielenden Schritten in Petersburg beteiligten."

Dies, fährt Viviani fort, sei anscheinend der Grund, weshalb Dr. Wirth zufolge Frankreich es abgelehnt habe, in Petersburg Schritte zu tun.

Ferner unter dem 29. Juli 1914: „Nach Viviani wäre es das beste Mittel, zur promptesten Vermittlungsaktion in beliebiger Form zu schreiten. Viviani würde nicht die Hoffnung aufgeben, daß der Frieden erhalten bleibt, den man hier aufrichtig wünscht!"

Ferner unter dem 31. Juli 1914, Deutsche Dokumente Nr. 483: „Dank der Bemühungen der Regierung ist die öffentliche Meinung heute etwas weniger erregt. Die Hoffnung auf einen Erfolg der im Gange befindlichen Verhandlungen belebt sich wieder. Der Verdacht, daß wir doch natürlich Deutschland, die Red.] zum Kriege treiben, verflüchtet sich. **Für den Fall, daß der Friede gewahrt werden könne, ist die öffentliche Meinung resigniert."**

Dies, fährt Viviani fort, ist dasselbe Datum, an dem Dr. Wirth zufolge Frankreich für den Krieg gewesen wäre.

Ferner 31. Juli, deutsche Dokumente Nr. 528: „Ich habe um 7 Uhr die Frage gestellt. Der Ministerpräsident hat mir gesagt, er hätte keinerlei Nachricht von einer allgemeinen russischen Mobilisierung, sondern nur von Vorsichtsmaßregeln. Infolgedessen wolle er nicht alle Hoffnung aufgeben, daß die äußersten Maßnahmen vermieden werden. Er habe eine Antwort auf die Neutralitätsfrage für morgen 1 Uhr spätestens versprochen."

Um nicht von Dr. Wirth eine unbegründete Kritik zu erfahren, so erklärt Viviani, wie sie bereits in den zusammenstellenden Uebersichten des Kaisers und in den Memoiren Bethmann-Hollwegs zu finden sei, weise er auf folgendes hin: Wenn er, Viviani, zu diesem Zeitpunkt erklärt habe, er wisse nichts von der russischen Mobilisierung, so liege dies daran, daß

die Depesche Paléologues,

in der sie mitgeteilt wurde, und **die in Petersburg 10 Uhr 45 vormittags abgestempelt sei, erst den Eingangsstempel von Paris mit der Zeitangabe von 8 Uhr 25 abends aufweist.**

Ferner Depesche Nr. 598 der deutschen Dokumente, 1. August 1914: „In einer neuen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten um 5½ Uhr hielt dieser trotz meines Drängens die Formel von heute nachmittag in bezug auf die Haltung Frankreichs im Falle eines russisch-deutschen Krieges aufrecht. (Es handelte sich, fügt Viviani hinzu, um seine Erklärung, daß Frankreich seine Interessen einer Prüfung unterziehen würde.) Der Ministerpräsident hat mir erklärt, **daß die soeben angeordnete Mobilisierung (erster Tag Sonntag) keineswegs die Bedeutung von aggressiven Absichten habe, was ja auch durch Proklamationen bestätigt würde. Es sei immer noch Platz für die Fortführung der Verhandlungen auf der Grundlage des Greyschen Vorschlags, dem Frankreich zustimme und den es gern unterstütze. Man habe französischerseits Sorge dafür getragen, Grenzzwischenfälle durch die Evakuierung einer Zehnkilometerzone zu verhindern. Viviani wolle nicht auf die Hoffnung verzichten, daß der Frieden erhalten bleibe."**

So habe der seit fünf Jahren in Paris wohnende deutsche Botschafter, der sich lange mit ihm, Viviani, unterhalten und der im übrigen auch anderswo Erkundigungen eingezogen habe, wie das sein Recht gewesen sei, die Gemütsverfassung der französischen Regierung beurteilt. Man sei den Franzosen eine Erklärung schuldig, warum in den ersten deutschen diplomatischen Veröffentlichungen die Depeschen des deutschen Botschafters völlig beseitigt seien.

Im folgenden faßt sich Viviani kurz, er wolle nur an

einige Handlungen der russischen Regierung

erinnern, die einzig in Rechnung kämen, nicht dagegen an ihre wahrscheinlich entstellten Worte.

1. Im Einvernehmen mit Frankreich hat die russische Regierung Serbien den Rat erteilt, sich zu unterwerfen, soweit die Ehre es gestatte. (Orangebuch Nr. 4, Blaubuch Nr. 55.)

2. Im Einvernehmen mit Frankreich hat sie eine Fristverlängerung für Serbien verlangt. (Orangebuch Nr. 4.)

3. Trotz der Haltung Oesterreichs nahm sie persönlich dreimal die Beziehungen mit Wien auf.

4. Sie wünschte direkte Verhandlungen mit Wien, und zwar am 26. Juli. Antwort: Am 28. Juli schießt Oesterreich gegen Serbien.

5. Sie empfahl mit allen Mitteln die von Grey angeregte Methode, nämlich die Führerkonferenz. (Blaubuch Nr. 125.)

6. Der Zar schickte am 27. Juli an den König von Serbien eine Depesche, in der er ihm den Frieden anempfahl. (Orangebuch Nr. 40.)

7. Auch nach der Kriegserklärung an Serbien bat sie die englische Regierung, in Berlin Schritte zu tun, damit Oesterreich die Verhandlungen wieder aufnehme.

8. Sie erklärte sich mit jeder vorgeschlagenen Form der Vermittlung einverstanden und verpflichtete sich im voraus, derjenigen Form zuzustimmen, die Deutschland genehm sein werde. (Orangebuch Nr. 53.)

9. Am 30. Juli diktierte sie dem deutschen Botschafter Graf Pourtalès eine versöhnliche Formel, in der sie sich selbst verpflichtete, die militärischen Vorbereitungen einzustellen. (Orangebuch Nr. 60.)

10. Sie verlangte, daß die Verhandlungen fortgesetzt würden und erklärte sich einverstanden mit dem Verbleiben österreichischer Truppen in Serbien.

11. Am 1. August nach der Kriegserklärung wiederholte sie nochmals den Vorschlag und erklärte, daß Rußland in keinem Falle mit den Feindseligkeiten beginnen werde. (Blaubuch Nr. 139.)

Schließlich hat am 29. Juli der Zar dem Kaiser vorgeschlagen, den Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Der Kaiser

habe nicht einmal geantwortet, und das deutsche Weißbuch habe die Depesche nicht veröffentlicht. Dabei erkläre der Kaiser in seinen Memoiren, daß er bereit gewesen wäre, sich im Haag aburteilen zu lassen. Dieser hohe Gerichtshof sei, wie es scheine, gut genug gewesen, die illustre Persönlichkeit des Kaisers zu empfangen. Aber 1914 habe er es für nötig gehalten, ihn mit Verachtung zu strafen. Viviani endet, indem er dem Reichskanzler mitteilt, er könnte von ihm verlangen, sich über das österreichische Rotbuch, über die bayrischen Veröffentlichungen, über die Depesche des österreichischen Botschafters in Berlin vom 5. Juli, an welchem Tage der Kaiser den Krieg begonnen habe, auszusprechen, aber man werde ja, wenn man auf die Memoiren des Kaisers antworte, Gelegenheit finden, deren beabsichtigte Lücken auszufüllen. **Für den Augenblick habe er, Viviani, dem Reichskanzler so geantwortet, wie es notwendig gewesen sei, und er bilde sich ein, daß diese Antwort für alle ehrenhaften Leute genüge. (W. T. B.)**

Deutsche Parteiführer einmütig gegen Versailles.

In wenigen Tagen erscheint im Universitäts-Verlag in Berlin eine gleichnamige Schrift von internationaler Bedeutung, von Dr. Walther Heide. Außer dem Vorwort eines neutralen Historikers haben führende deutsche Politiker der fünf größten Parteien, wie Helfferich, Stresemann, Bell, Dietrich und Südekum kurze Beiträge geliefert, in denen sie das Diktat von Versailles in Einmütigkeit auf das schärfste verurteilen. Wir geben die Ausführungen Helfferichs und Südekums wieder.

Dr. Helfferich schreibt: „Der Versailler „Friedensvertrag" beruht auf einer zynisch erpreßten Lüge: Die Vertreter der deutschen Regierung sind unter der Drohung unmittelbarer Gewaltanwendung gegen das wehrlose deutsche Volk gezwungen worden, gegen ihre eigene Ueberzeugung die Lüge von Deutschlands Schuld am Weltkriege zu unterschreiben. Mit dieser erpreßten Unterschrift wollten die Urheber des Versailler Diktates sich den moralischen Titel für die unmoralischste Staatsaktion der Weltgeschichte beschaffen. Der Versailler „Friedensvertrag" ist weder ein Vertrag, noch bringt er den Frieden. Es ist ein brutal aufgezwungenes Diktat, und er ist nach dem Worte seines geistigen Urhebers, des Herrn Clemenceau, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Er beschränkt dem deutschen Volke, einem Volke von 70 Millionen, im Zentrum des europäischen Kontinents, den notwendigen Lebensspielraum durch die gewaltsame und unnatürliche Einschränkung seines Territoriums, durch den Raub eines großen Teiles seiner natürlichen Hilfsquellen, durch die Fesselung seiner Arbeit und seines Unternehmungsgeistes, durch die Auferlegung untragbarer wirtschaftlicher und finanzieller Lasten. Er verwirklicht so den in bezug auf die deutsche Bevölkerung ausgesprochenen Satz: „Il y en a vingt millions de trop." (Es sind 20 Millionen zuviel.) **Er treibt das deutsche Volk in Elend, Hunger und Verzweiflung, in Revolution und Bolschewismus.** Er beschwört damit über Europa und die ganze zivilisierte Welt Erschütterungen herauf, deren Ende niemand abzusehen vermag. So ist der Versailler „Friedensvertrag" ein Verbrechen nicht nur am deutschen Volke, sondern an der ganzen Menschheit. Und er ist, solange die Menschheit sehenden Auges, untätig und mitleidlos dieses Verbrechen sich auswirken läßt, die größte Schande, mit der die Menschheit sich je befleckt hat."

Dr. Albert Südekum erklärt: „Da das Diktat von Versailles — nach dem eigenen Geständnis seiner Schöpfer — auf dem Artikel 231, der erpreßten Anerkennung der deutschen Alleinschuld am Kriege, beruht; da der Artikel 231 — nach dem Urteil aller rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt — eine gemeine Lüge ist: so ist jede einzelne Bestimmung eine Auswirkung der Lüge, also selbst Lug und Trug, Vergewaltigung und Raub. Sogar den Abschnitt über die Begründung eines Völkerbundes kann man von dieser Verurteilung nicht ausnehmen, weil der Völkerbund in seiner jetzigen Zusammensetzung und mit seiner jetzigen Verfassung nur ein Mittel zur Durchsetzung des Unrechts gegen Deutschland ist. Unrecht, das immer neues Unrecht gebiert, hat keinen Bestand. Das Diktat von Versailles richtet Deutschland zugrunde, damit aber auch ganz Europa. Indem wir Deutschen uns dagegen in festgefügter Ordnung wenden, erfüllen wir die Menschheitsaufgabe der Rettung der gesitteten Welt. Der Bestand einer sittlichen Weltordnung ruht heute, wie schon wiederholt in der Geschichte, auf der Widerstandskraft Deutschlands. Dieses Bewußtsein läßt uns im Elend geduldig ausharren, gibt uns den Mut zum Angriff gegen das Unrecht und die frohe Hoffnung auf Sieg."

So reichen sich Deutschnationale und Sozialdemokraten in der Verurteilung des Versailler Gewaltdiktats einträchtig die Hand.